

---

---

DIE DEUTSCHE  
DEMOKRATISCHE  
REPUBLIK

---

---

GARANTIERT

---

---

ALLEN BÜRGERN

---

---

DIE AUSÜBUNG IHRER  
RECHTE UND IHRE  
MITWIRKUNG AN DER  
LEITUNG DER  
GESELLSCHAFTLICHEN  
ENTWICKLUNG.

---

---

VERFASSUNG DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK

---

---

## 2. Grundlegende Rechte und Pflichten der Staatsbürger in der Deutschen Demokratischen Republik

In der DDR leben fast 17 Millionen Menschen. Die weitaus überwiegende Zahl von ihnen sind Bürger der Deutschen Demokratischen Republik.

Wer Bürger eines Staates ist, wird durch die jeweilige Rechtsordnung eines Staates bestimmt. Staatsbürger der DDR – so sagt es unser Staatsbürgerschaftsgesetz – wird jedes Kind mit der Geburt, wenn die Eltern oder ein Elternteil Staatsbürger der DDR sind.

Mit der Staatsbürgerschaft der DDR verfügt ein Bürger über alle in der Verfassung verankerten **Grundrechte** und **Grundpflichten**. Manche davon kann er erst wahrnehmen, wenn er 18 Jahre alt ist, zum Beispiel das Wahlrecht. Andere, wie das gleiche Recht auf Bildung, nimmt er schon im Kindesalter wahr. Der sozialistische Staat garantiert, daß die Bürger alle ihre grundlegenden Rechte verwirklichen können.

Im Artikel 19 unserer Verfassung heißt es dazu u. a.:

„1 Die Deutsche Demokratische Republik garantiert allen Bürgern die Ausübung ihrer Rechte und ihre Mitwirkung an der Leitung der gesellschaftlichen Entwicklung. Sie gewährleistet die sozialistische Gesetzlichkeit und Rechtssicherheit.

2 Achtung und Schutz der Würde und Freiheit der Persönlichkeit sind Gebot für alle staatlichen Organe, alle gesellschaftlichen Kräfte und jeden einzelnen Bürger.

3 Frei von Ausbeutung, Unterdrückung und wirtschaftlicher Abhängigkeit hat jeder Bürger gleiche Rechte und vielfältige Möglichkeiten, seine Fähigkeiten in vollem Umfange zu entwickeln und seine Kräfte aus freiem Entschluß zum Wohle der Gesellschaft und zu seinem eigenen Nutzen in der sozialistischen Gemeinschaft ungehindert zu entfalten. So verwirklicht er Freiheit und Würde seiner Persönlichkeit.“

**Staatsbürger der DDR  
haben Rechte  
und Pflichten**

Die Grundrechte der sozialistischen Staatsbürger sind in den Artikeln 19 bis 40 unserer Verfassung enthalten.

Diese Aussage in unserer Verfassung macht die grundlegend neue Stellung der Bürger im sozialistischen Staat deutlich.

Die Staatsbürgerschaft der DDR zu besitzen, Staatsbürger der DDR zu sein, ist eine hohe Ehre und Verpflichtung zugleich.

Arbeite mit,  
plane mit,  
regiere mit!

- 1. Belege mit Beispielen, wie die Losung „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ verwirklicht wird!
- 2. Begründe daran die Stellung des Staatsbürgers im sozialistischen Staat!

Wie wird dieses Grundrecht im sozialistischen Staat verwirklicht?

- 3. Wiederholt im Lehrbuch, S. 36 bis 38, wie im Sozialismus gewählt wird!
- 4. Zieht zur Beantwortung auch den Artikel 22 unserer Verfassung heran!

## 2.1. Das Grundrecht auf umfassende Mitgestaltung des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens

Nehmen wir unser Exemplar der Verfassung der DDR zur Hand, so finden wir dort im Artikel 21 eines der bedeutendsten politischen Grundrechte. Jeder Bürger der DDR hat das Recht, das Leben der sozialistischen Gesellschaft und des sozialistischen Staates umfassend mitzugestalten.

Ein solches Grundrecht ist für alle Staatsbürger erst im Sozialismus möglich, weil es kein kapitalistisches Eigentum an Produktionsmitteln, keine Ausbeuter und keine Ausbeutung mehr gibt. Im Sozialismus wird die politische Macht im Interesse aller Bürger ausgeübt. So ist die allseitige Mitgestaltung ein notwendiges Grundrecht für den Sozialismus, dessen Entwicklung entscheidend davon abhängt, wie jeder Bürger selbst durch seine Arbeit, durch seine Ideen und Vorschläge, durch seine Bereitschaft zur Verteidigung der sozialistischen Errungenschaften, durch seine kulturellen Leistungen, seine sportlichen und Freizeitinteressen dazu beiträgt, die sozialistische Gesellschaft mitzugestalten.

Das alles kommt in der Forderung zum Ausdruck, die vor über 30 Jahren von der SED aufgestellt und seitdem zum Symbol für die sozialistische Gesellschaft wurde:

„Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“

Als Grundsatz ist dieser Satz auch im Artikel 21 unserer sozialistischen Verfassung verankert.

Dieser Satz drückt aus, daß das Wichtigste im sozialistischen Staat die Staatsbürger und ihr aktives Handeln für die Gesellschaft und damit auch für sich selbst sind. In diesem Sinne könnte man das Grundrecht auf Mitgestaltung auch als das Recht des Bürgers auf sozialistische Demokratie bezeichnen.

Ein entscheidendes Mittel, um dieses Grundrecht im Leben durchzusetzen, sind die Wahlen.

Euch ist bereits bekannt, daß die Volksvertretungen in unserem Staat die obersten Machtorgane sind. Ihr wißt, daß ihre Abgeordneten würdige Vertreter aller Klassen und Schichten, Parteien und vieler gesellschaftlicher Organisationen sind und zumeist von ihren Arbeitskollektiven geprüft und zur Wahl vorgeschlagen wurden. Ihre Arbeitsweise ist durch die enge Verbindung zu den Bürgern und die aktive gemeinsame Durchsetzung der staatlichen Festlegungen geprägt.

Weil durch die Wahlen im Sozialismus grundlegende Entscheidungen getroffen werden, ist das Wahlrecht im Artikel 22 der Verfassung als selbständiges Grundrecht für jeden Staatsbürger mit der Vollendung des 18. Lebensjahres ausge-



Auf der Demonstration zum 1. Mai 1986

wiesen. Seine Verwirklichung steht im engsten Zusammenhang mit allen anderen Formen zur Durchsetzung des Grundrechtes auf umfassende Mitgestaltung des politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens.

Dazu gehört zum Beispiel, daß alle Leiter im Staatsapparat, in den Betrieben und Einrichtungen verpflichtet sind, stets enge Verbindung mit den Werktätigen zu halten und vor ihnen Rechenschaft abzulegen. Rechenschaft abzulegen haben auch die Volksvertretungen und ihre Abgeordneten. Das Prinzip der Rechenschaftslegung ist also ein weiteres wichtiges Mittel, um das Recht auf Mitgestaltung umfassend

Auf der Wahlversammlung der Gewerkschaftsgruppe „8. Mai“ im VEB Bergmann-Borsig wurde Rechenschaft abgelegt und über die nächsten Aufgaben beraten. Der Vorsitzende des Bundesvorstandes des FDGB, Harry Tisch (6. v. r.), nahm als Gast an dieser Veranstaltung teil.



Der Sozialismus garantiert allen Bürgern das Recht auf umfassende Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Dieses Recht ist gleichzeitig eine hohe moralische Verpflichtung für jeden Bürger, dieses Recht verantwortungsbewußt wahrzunehmen.

### Ausschluß der Werktätigen von der Macht im Imperialismus

Mitgestaltung und Mitbestimmung der Werktätigen in allen grundsätzlichen Fragen sind dem imperialistischen Staat wesensfremd und verhaßt. Er verweigert sie den Werktätigen überall dort, wo sie die Existenz des bestehenden Regimes in Frage stellen könnten, im Staat, in der Wirtschaft, in den Betrieben. Zwar haben die Betriebsräte und Gewerkschaften in den Betrieben und Wirtschaftszweigen ein sogenanntes Mitspracherecht. Aber das ist keine Mitbestimmung in der Leitung der Wirtschaft und der Betriebe. Das Mitspracherecht beschränkt sich fast ausschließlich auf Fragen der Entlohnung. Selbst dabei müssen die Gewerkschaften sehr vorsichtig handeln. Berechtigte Forderungen der Werktätigen nach angemesseneren Löhnen und anderen Sozialleistungen werden von den Monopolherren häufig mit der Androhung von Massenentlassungen beantwortet. Auf Streiks reagieren die kapitalistischen Ausbeuter in zunehmendem Maße mit Aussperrung, das heißt sie lassen die Werktätigen erst dann wieder arbeiten, wenn sie ihre Forderungen aufgegeben haben.

Streikposten vor dem Tor eines Betriebes in der BRD



„Sergeant, schlagen Sie den Demonstranten kräftig die Hauptartikel unserer Verfassung in die Köpfe!“ (Andrej Krylow)

Daß die Werktätigen ständig um die Erhaltung und den Ausbau ihrer einmal errungenen politischen Rechte im bürgerlichen Staat kämpfen müssen, zeigt die Aussage im Parteiprogramm der Deutschen Kommunistischen Partei in der BRD sehr deutlich. In diesem Kampf werden Kommunisten und andere fortschrittliche Kräfte durch Berufsverbote, Gesinnungsschnüffelei und Bepitzelung unterdrückt und behindert (vgl. auch Lehrbuch S. 89), ganz im Gegensatz zu neonazistischen und revanchistischen Kräften in der BRD.

#### Aus dem Programm der DKP:

„Die DKP unterstützt die Forderungen der Gewerkschaften nach Erhaltung und Erweiterung ihrer Rechte. Sie wendet sich gegen alle Versuche, die Tätigkeit der Gewerkschaften und anderer demokratischer Organisationen staatlich zu reglementieren. Sie ist für die uneingeschränkte Erhaltung der Koalitions-, Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit sowie des Streikrechts. Sie ist für das gesetzliche Verbot der Aussperrung und seine ausdrückliche Verankerung im Grundgesetz.“<sup>1</sup>

Protest Tausender Bürger in Westberlin gegen den Reagan-Besuch und die NATO-Hochrüstung (Juni 1982)



Unter kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen sind die Werktätigen von der Machtausübung im Staat weitestgehend ausgeschlossen. Der bürgerliche Staat ist der Vertreter der herrschenden Kapitalistenklasse, in dem die Werktätigen ständig um die Sicherung ihrer Lebensinteressen und gegen den Abbau der bürgerlich-demokratischen Rechte kämpfen müssen.

## 2.2. Das Recht auf Arbeit und die Pflicht zu gesellschaftlich nützlicher Tätigkeit

### Rolle der Arbeit im Leben der Menschen

Viele Faktoren spielen im Leben eines Menschen eine große Rolle, prägen ihn und wirken auf seine Stellung in der Gesellschaft ein. Unter ihnen spielt die Arbeit eine besonders wichtige Rolle.

Erinnert euch an den Geschichtsunterricht: Nur durch die Arbeit erhob sich der Mensch aus dem Tierreich. Durch die Arbeit entwickelten sich die Sprache und das Denkvermögen, seine Kollektivbeziehungen, seine Lebensbedingungen und die menschliche Gesellschaft.

Auch in der Gegenwart hat die Arbeit große Bedeutung. Vor allem durch die berufliche Tätigkeit werden Fähigkeiten, Fertigkeiten, Talente, Interessen, Neigungen und Gewohnheiten herausgebildet. Das Wohlbefinden in der Arbeit hat entscheidende Auswirkungen auf die Freizeitinteressen, die Familienbeziehungen, den allgemeinen Gesundheitszustand. Selbstverständlich haben auch Unzufriedenheit im Beruf oder Sorgen erhebliche Folgen für den Werktätigen und seine Familie.

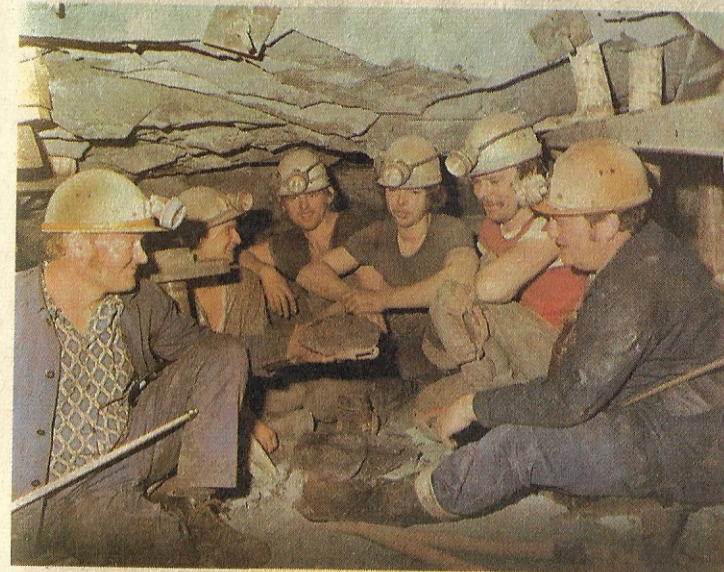
Die Arbeitstätigkeit ist letztendlich auch für die Ausprägung der gesellschaftlichen Zusammenhänge entscheidend. Nur durch Ergebnisse der Arbeit können gesellschaftliche und persönliche Bedürfnisse befriedigt werden. Die Arbeiterklasse – erinnert euch an den Staatsbürgerkundeunterricht in Klasse 7 – entwickelt sich ebenfalls als führende gesellschaftliche Kraft vor allem im Prozeß der Arbeit.

Gerade weil die Arbeit im Leben der Menschheit und eines jeden einzelnen Menschen eine solch große Rolle spielt, kann und muß man einen Staat konsequent danach bewerten, ob er das Recht der Menschen auf Arbeit gewährleisten kann oder nicht.

Das Recht auf Arbeit ist eine der großen Errungenschaften des Sozialismus. Die DDR kann – wie die anderen sozialistischen Staaten ebenfalls – jedem Bürger das Recht auf Arbeit gewährleisten, weil das kapitalistische Eigentum an Produktionsmitteln und damit die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung beseitigt wurden.

Alle wichtigen Produktionsmittel sind Eigentum des Volkes und sozialistischer Genossenschaften. Erst dadurch ist für jeden Bürger das Recht auf Arbeit gesichert, weil nicht mehr die Profitinteressen der Kapitalisten, sondern die Interessen der werktätigen Menschen darüber entscheiden, wie die zur Entwicklung der Gesellschaft notwendige Arbeitsleistung auf alle verteilt wird und so jeder die Möglichkeit hat, durch eigene Leistung seine Existenz zu gestalten und zu sichern. Durch die sozialistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse wird zugleich garantiert, daß die Arbeit einen völlig

● 1. Warum ist es ein entscheidendes Merkmal für einen Staat, ob er seinen Staatsbürgern das Recht auf Arbeit gewährleisten kann?

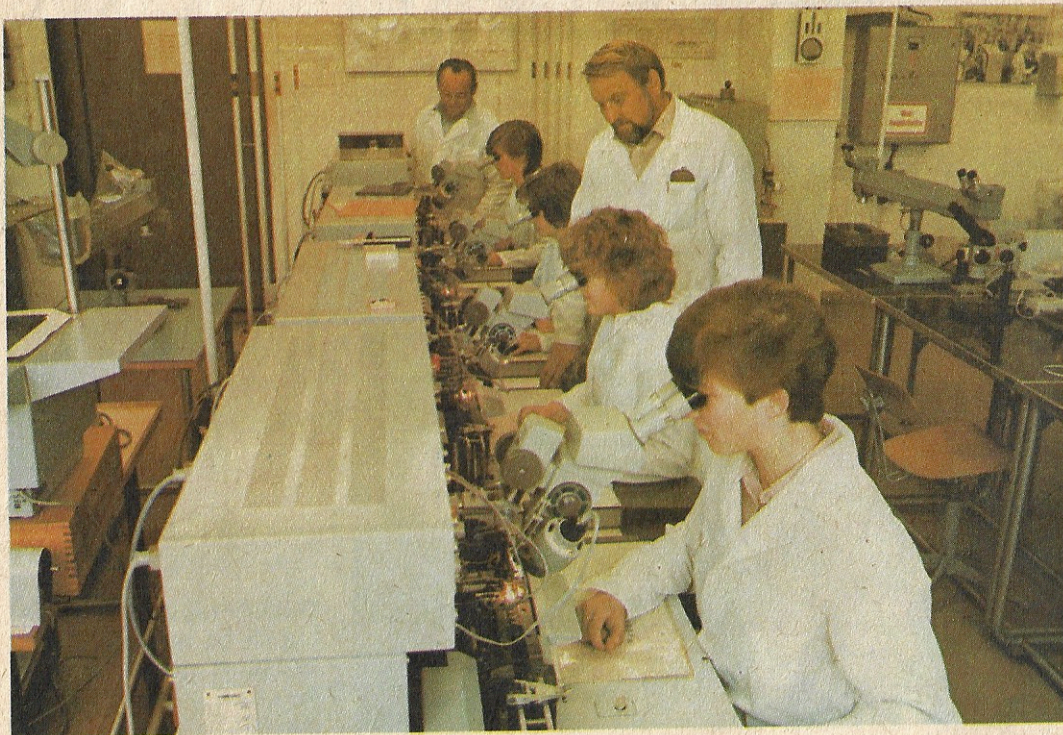


Die Arbeiter dieser Jugendbrigade im Mansfeld-Kombinat wissen: Unser Recht auf Arbeit ist gesichert.

## Sozialistischer Charakter der Arbeit

2. Begründe den Zusammenhang zwischen sozialistischer Macht- und Eigentumsverhältnissen und der Garantie des Rechts auf Arbeit!

Im VEB Mikroelektronik „Karl Marx“ Erfurt werden Lehrlinge zu Elektronik-facharbeitern ausgebildet; im Bild an einem Bänder bei Grundarbeitsgängen für Bauelemente.



neuen, eben sozialistischen Charakter hat. Sie ist von Ausbeutung befreite Arbeit, kameradschaftliche Zusammenarbeit der Werktätigen in ihren Kollektiven. Sie ist eine Arbeit, die dem einzelnen wie der gesamten Gesellschaft zugute kommt und die durch den Staat planmäßig organisiert wird. Daher hat der Bürger nicht nur das Recht auf einen Arbeitsplatz, sondern er hat auch das Recht darauf, daß die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit zur ständig wachsenden Befriedigung der materiellen und geistig-kulturellen Bedürfnisse der Werktätigen – also auch seiner eigenen – verwendet werden. Erst diese beiden Seiten machen das vollkommen Neue aus, das mit dem Recht auf Arbeit im Sozialismus verbunden ist.

Das Recht auf Arbeit ist im Artikel 24 unserer sozialistischen Verfassung verankert und jedem Bürger garantiert. Es wird durch die sozialistische Gesellschaftsentwicklung gewährleistet und durch das sozialistische Arbeitsrecht – vor allem durch das Arbeitsgesetzbuch der DDR – weiter ausgebaut. Kein imperialistischer Staat kann seinen Bürgern ein solches Grundrecht gewährleisten, wie die Massenarbeitslosigkeit beweist (vgl. S. 56/57).

Das Recht auf Arbeit gilt in vollem Umfange für die Jugend unserer Republik.

Die Verfassung der DDR spricht nicht nur vom Recht, sondern auch von der Pflicht der Jugendlichen, einen Beruf zu erlernen (Artikel 25, Abs. 4). Wenn unsere Verfassung das Recht und die Pflicht zur Berufsausbildung für Jugendliche regelt, so entspricht das voll und ganz ihrem persönlichen Interesse. Es bedeutet, daß jeder Jugendliche Anspruch auf eine Berufsausbildung hat, ihm eine Lehrstelle nachgewiesen werden muß, daß genügend Lehrstellen und später Arbeitsplätze vorhanden sind.

Eine Pflicht zur Berufsausbildung ist nicht nur erforderlich, weil der Sozialismus zu seiner Entwicklung qualifizierte Menschen braucht. Sie ist auch notwendig, weil jungen Menschen ihre Entwicklung gesichert werden soll und manche Versäumnisse sich 10 Jahre später nicht oder nur sehr schwer nachholen lassen. Die Berufsausbildungspflicht entspringt also einem sehr humanistischen Anliegen der sozialistischen Gesellschaft.

Eng verbunden mit dem Grundrecht auf Arbeit bestimmt die Verfassung konkret, welche Ansprüche jeder Bürger dabei hat. Im Artikel 24 unserer Verfassung wird ausgesagt: Jeder Bürger der DDR „...hat das Recht auf einen Arbeitsplatz und dessen freie Wahl entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und der persönlichen Qualifikation.“

Das ist eine sehr wichtige Bestimmung. Sie besagt, daß für alle arbeitsfähigen Bürger genügend Arbeitsplätze vorhanden sein müssen und jeder Bürger sich frei entscheiden kann, an welcher Arbeitsstelle er tätig sein will. Gerade im Hinblick auf die künftige Berufswahl darf jedoch nicht übersehen werden, daß die Verfassung das Recht auf einen Arbeitsplatz und dessen freie Wahl unmittelbar mit den gesellschaftlichen Erfordernissen und der persönlichen Qualifikation verbindet. Damit wird ausgedrückt, daß es nicht möglich ist, jeden beliebigen Arbeitsplatz oder jede beliebige Berufsausbildung zu wählen – es muß ein gesellschaftliches Bedürfnis für die gewünschte berufliche Tätigkeit vorhanden sein und die notwendige Qualifikation nachgewiesen oder erworben werden. Deshalb ist eine rechtzeitige und gründliche Berufsberatung unentbehrlich. Das kann die Enttäuschung ersparen, einen Beruf erlernen zu wollen, für den es nur eine geringe Anzahl von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen gibt.

Eine große Bedeutung für die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit haben die Gewerkschaften. Alle Staatsorgane und Wirtschaftsfunktionäre haben die Pflicht, mit den Gewerkschaften vertrauensvoll zusammenzuarbeiten, damit gemeinsam der erfolgreichste Weg zur Lösung der gesellschaftlichen und betrieblichen Aufgaben gefunden und gegangen wird.

Recht und Pflicht, einen Beruf zu erlernen

3. Setzt euch mit dieser Bestimmung in unserer Verfassung auseinander! Begründet ihre Notwendigkeit!

4. Welche Schlußfolgerungen ziehst du daraus persönlich?

Große Rolle der Gewerkschaften

Den Gewerkschaften obliegt zum Beispiel die Kontrolle darüber, ob die Rechte der Werktätigen im Betrieb eingehalten werden, ob der Arbeits- und Gesundheitsschutz genau beachtet wird, ob die Pausenversorgung ausreichend ist. Zwischen den Werkleitungen und den Betriebsgewerkschaftsleitungen werden Betriebskollektivverträge (BKV) abgeschlossen. In ihnen werden gemeinsame Vereinbarungen getroffen, wie die Arbeits- und Lebensbedingungen – zum Beispiel in der Schichtarbeit, im Urlaubsplatzangebot, in der medizinischen Betreuung, in der beruflichen Qualifizierung – weiter verbessert werden können.

Die Gewerkschaften organisieren im sozialistischen Wettbewerb, daß Planziele durch Rationalisierung, Einsparung von Arbeitskräften, Material und Energie überboten werden können, um die Arbeitsproduktivität zu steigern und einen höheren Nutzen für die Gesellschaft zu erarbeiten. „Hohe Leistungen zum Wohle des Volkes und für den Frieden – Alles für die Verwirklichung der Beschlüsse des XI. Parteitages der SED!“ heißt die Losung im sozialistischen Wettbewerb, um die Politik der SED zur intensiven Nutzung des Erreichten und Vorhandenen wirksam durchzusetzen.

Die Gewerkschaften leiten die Sozialversicherung, auch

5. Erkundigt euch in der Pionbrigade über die Aufgaben der genannten Gewerkschaftsfunktionäre!

6. Wie verwirklichen sie das Recht auf Mitgestaltung und das Recht auf Arbeit?

### Interessenvertreter der Arbeiterklasse

über

# 2,5 Millionen Gewerkschafter

üben eine verantwortungsvolle Funktion aus, u. a. als



Vertrauensleute



Arbeitsschutzobleute



Bevollmächtigte für Sozialversicherung



Kulturobleute

Sportorganisatoren

Mitglieder ständiger Produktionsberatungen und Neuereraktive

# Das Recht auf Arbeit

garantiert unter sozialistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen



den Arbeitsplatz entsprechend den gesellschaftlichen Erfordernissen und der persönlichen Qualifikation

Erholung, Gesundheits- und Arbeitsschutz



gleichen Lohn bei gleicher Arbeitsleistung

materielle Versorgung bei Krankheit, Unfall, Mutterschaft und im Alter



Berufsausbildung und Weiterbildung

Anerkennung hervorragender Leistungen durch Auszeichnungen und Prämien



ständig steigendes materielles und kulturelles

# Lebensniveau

der Werktätigen

weite Bereiche des Urlaubswesens in unserer Republik. 1986 erhielten über 2 Millionen Bürger der DDR über den FDGB zu sehr günstigen Bedingungen Urlaubsreisen oder Kuraufenthalte im In- und Ausland.

Das alles beweist:

Es gibt keine wichtige Frage, bei der die Gewerkschaften nicht das Recht und die Pflicht haben, im Interesse ihrer Mitglieder in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft entscheidend Einfluß zu nehmen. Daraus ergibt sich die neue Rolle der Gewerkschaften im Sozialismus:

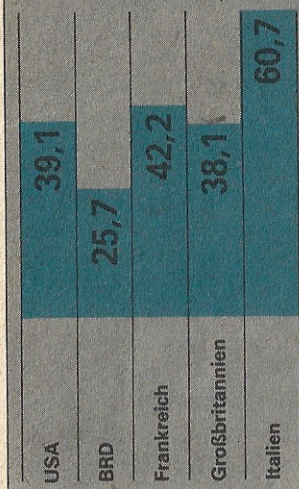
Die Gewerkschaften tragen als Interessenvertreter der Werktätigen zur allseitigen Stärkung der sozialistischen Gesellschaftsordnung und der aktiven Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft bei.



7. Erläutere in Zusammenfassung des Abschnittes 2.2. die Aussage der Übersicht!

## Arbeitslosigkeit im Imperialismus

Anteil der Jugendlichen (unter 25 Jahre) an den Arbeitslosen in imperialistischen Ländern 1984 (in Prozent)



8. Warum steht in Hessen das Recht auf Arbeit nur auf dem Papier?

9. Setzt euch mit dem Argument der Imperialisten auseinander, „in Krisenzeiten müßten eben alle gemeinsam die Lasten tragen“!

In der BRD wurden Jugendliche – Vierzehnjährige wie ihr – gefragt, von welchem Beruf sie träumen. Die Antworten versetzten in Erstaunen und Betroffenheit. „Wir träumen von überhaupt keinem Beruf. Hauptsache, einen Job.“ Das war die häufigste Meinung. Ein anderer sagte: „Als Fünfjähriger wollte ich Lokomotivführer werden. Davon habe ich geträumt. Aber heute? Heute kann ich mir Berufsträume nicht mehr leisten. Heute muß ich rennen, daß ich überhaupt eine Arbeit bekomme.“

Dieser Vierzehnjährige arbeitete bereits seit einem halben Jahr „zur Probe“ in einem Betrieb, um seine Eignung unter Beweis zu stellen und später eventuell dort eine Lehrstelle zu bekommen. Natürlich arbeitete er kostenlos und nach der Schule. Fast täglich... Und ein Mädchen äußerte sich beschwörend: „Nur nicht arbeitslos sein. Wenigstens nicht gleich.“

Ende 1982 bekam in der BRD etwa jeder dritte Schulabgänger keinen Ausbildungsplatz. Und von denen, die eine Ausbildung abschließen konnten, erhielten wiederum sehr viele keine Arbeitsstelle.

Aus dem Artikel 28 der Landesverfassung von Hessen (BRD):  
 „Die menschliche Arbeitskraft steht unter dem besonderen Schutze des Staates.  
 Jeder hat nach seinen Fähigkeiten ein Recht auf Arbeit und, unbeschadet seiner persönlichen Freiheit, die sittliche Pflicht zur Arbeit.“

Der kapitalistische Staat verweigert den Werktätigen bis heute das Recht auf Arbeit und erweist sich auch und gerade dadurch als Staat der Bourgeoisie. Diese Verweigerung eines elementaren Grundrechtes bedeutet, daß die Werktätigen, die ihre Existenz und den erreichten Lebensstandard nur durch Arbeit sichern und erhalten können, in dieser sehr wichtigen Lebensfrage den Ausbeutern ausgeliefert sind. Die Unternehmer haben das Recht, mit den Arbeitern so zu verfahren, wie es ihren jeweiligen Profitinteressen entspricht. Von keinem Gericht in der kapitalistischen Welt könnten sie etwa belangt werden, wenn sie die Krisenlasten auf die Schultern der Werktätigen abwälzen, massenhaft Arbeitskräfte entlassen und von den anderen, die noch Arbeit haben, gewaltige Produktionssteigerungen verlangen.

All das ist das Recht des Kapitals, all das steht mit den imperialistischen Verfassungen in Übereinstimmung! Es ist das vom Monopolkapital beanspruchte Recht, den Profit um jeden Preis zu sichern, auch um den Preis zunehmender Ar-



(Aus: Welt der Arbeit)

beitslosigkeit, die für Millionen Menschen ein Leben in Existenzangst und Not bedeutet.

Die Massenarbeitslosigkeit beweist, daß der Kapitalismus unfähig ist, eine menschenwürdige Gesellschaft bzw. elementare Menschenrechte zu gewährleisten. Sie ist Ausdruck dafür, daß der Kapitalismus, daß die Kapitalisten immer auf Kosten der Werktätigen existieren.

Die Werktätigen müssen mit Kopf und Händen den Profit für die Monopolbourgeoisie erarbeiten, und sie müssen die Lasten der Krisen des Kapitalismus und der Fehlspekulationen der Ausbeuter tragen. Sie leben ständig in Existenzangst; Arbeitslosigkeit verschlechtert ihre Lebensbedingungen und untergräbt ihr Selbstbewußtsein. In dem Sinne ist die Massenarbeitslosigkeit, ist die Verweigerung des elementaren Menschenrechts auf Arbeit ein besonders krasses Zeichen für die Unmenschlichkeit des imperialistischen Systems.

Diese Unmenschlichkeit äußert sich heute in hochentwickelten imperialistischen Ländern nicht mehr allein in der brutalen Unterdrückung und körperlichen Ausbeutung der einzelnen Werktätigen, sondern vor allem darin, daß ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung von den Möglichkeiten, die der industrielle Fortschritt für jeden eigentlich erbringen müßte, ausgeschlossen wird.

Der Imperialismus verweigert Millionen Werktätigen das Recht auf Arbeit. Diese Unmenschlichkeit des Imperialis-

Anzahl der Arbeitslosen in den entwickelten kapitalistischen Ländern 1985 (in Millionen)

USA	8,3
BRD	2,3
Großbritannien	3,3
Frankreich	2,5
Italien	2,5
Japan	1,6

mus kann nur durch die Beseitigung der kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse abgeschafft werden. Erst im Sozialismus ist es möglich, frei von Ausbeutung und Existenzangst zu leben und eine menschenwürdige Gesellschaft aufzubauen.

### 2.3. Das gleiche Recht auf Bildung

Die sozialistische Gesellschaft stellt hohe Anforderungen an das allgemeine Bildungs- und Kulturniveau ihrer Bürger. Dafür gibt es mindestens zwei gewichtige Gründe, die zu beachten sind:

**Bildungsfragen sind Grundfragen für den sozialistischen Staat und seine Bürger**

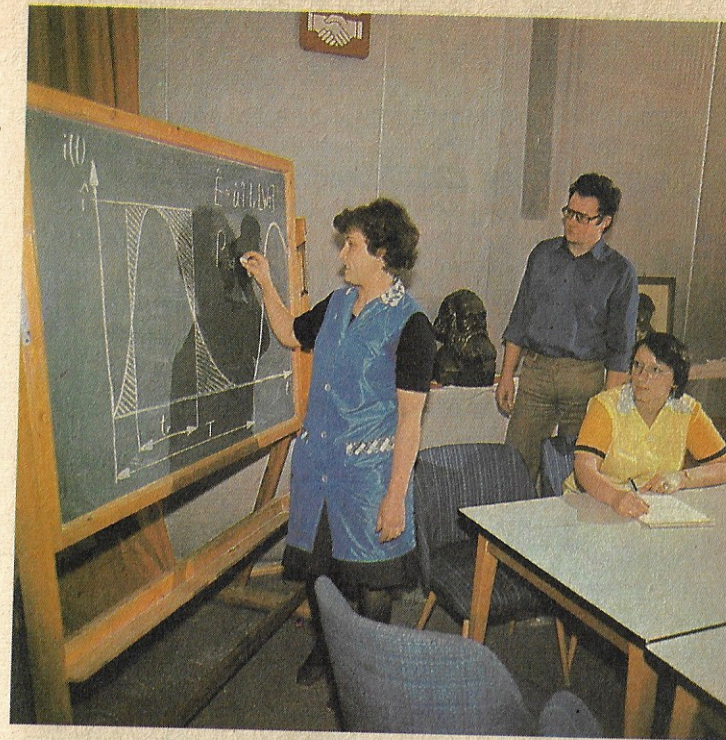
1. Der Sinn des Sozialismus besteht darin, alles zu tun für das Wohl der Werktätigen. Die ständige Erhöhung ihres materiellen und geistig-kulturellen Lebensniveaus ist das Anliegen unserer gesamten Staatspolitik. Dabei nehmen Bildungs- und Kulturfragen für die Werktätigen einen sehr hohen Stellenwert ein.

Eine hohe Allgemeinbildung, eine solide Spezialbildung, anwendungsbereites Wissen, Sinn für alles Schöne, die Einsicht, warum und wofür man arbeitet, sich Kenntnisse aneignet – all das sind wichtige Kennzeichen einer **sozialistischen Persönlichkeit**, die sich allseitig entfaltet und bewußt die sozialistische Gesellschaft mitgestaltet. Ein hohes Bildungs- und Kulturniveau eröffnet in der sozialistischen Gesellschaft einem jeden den Zugang zum geistigen Reichtum der Menschheit sowie zu schöpferischen Leistungen, deren Nutzen im Interesse der Gesellschaft und eines jeden selbst liegt.

2. Um den Sinn des Sozialismus durchzusetzen, alles für das Wohl des werktätigen Volkes zu tun, braucht die sozialistische Gesellschaft allseitig gebildete Werktätige, die die materiellen und geistig-kulturellen Werte der Gesellschaft

Im Februar 1965 wurde das Gesetz über das einheitliche sozialistische Bildungssystem als Grundlage für die Entwicklung des sozialistischen Bildungswesens in der DDR beschlossen. Auf dem XI. Parteitag der SED konnte eingeschätzt werden:

„Wir haben eine eng mit dem Leben verbundene zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule geschaffen, in der Lernen und produktive Arbeit miteinander verbunden sind und die allen Kindern eine hohe Allgemeinbildung vermittelt. Sie verfügt mit dem auf breite Grundlagenbildung ausgerichteten obligatorischen Unterricht und dem die Allgemeinbildung vertiefenden und weiterführenden fakultativen Unterricht über die notwendige Flexibilität, um auf Anforderungen aus der dynamischen Entwicklung unserer Gesellschaft rechtzeitig zu reagieren, den Ansprüchen in der nachfolgenden Berufsbildung bzw. im weiterführenden Bildungswesen gerecht zu werden. Dieser Vorzug unseres einheitlichen sozialistischen Bildungswesens ist stärker auszuprägen und zur Geltung zu bringen.“<sup>42</sup>



Erwachsenenqualifizierung an der Betriebsakademie im Kombinat VEB Chemische Werke Buna

schaffen. Schließlich stellen Wissenschaft und Technik in allen Arbeitsbereichen heute vollkommen neue Anforderungen, deren Erfüllung weitestgehend an ein hohes Bildungsniveau geknüpft ist.

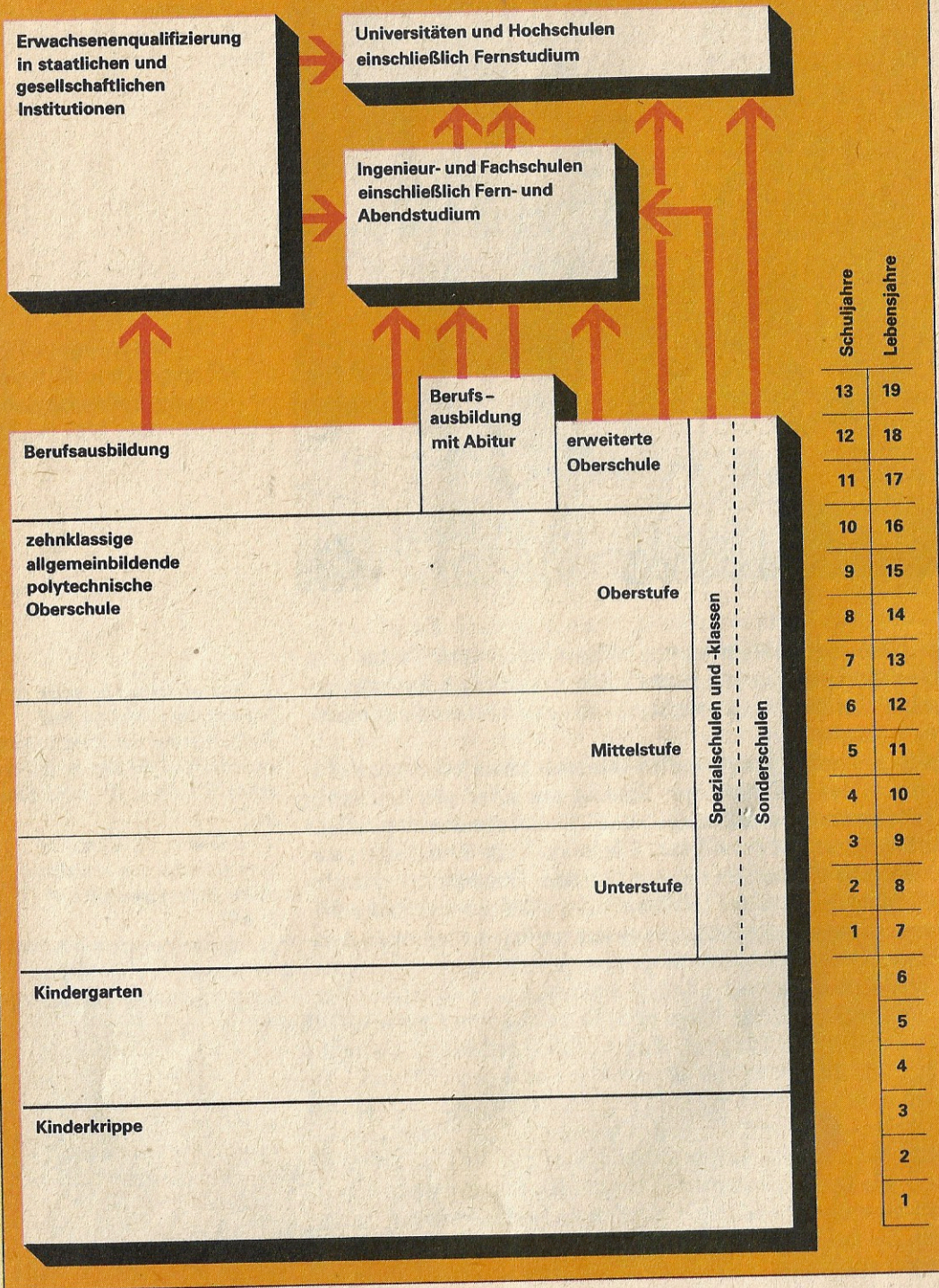
Es liegt also im gemeinsamen Interesse eines jeden Werktätigen und des sozialistischen Staates, der ständigen Erhöhung des allgemeinen Bildungs- und Kulturniveaus besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Diese nur dem Sozialismus wesenseigene Zielsetzung kommt in dem Grundrecht eines jeden Staatsbürgers der DDR auf eine allseitige und hohe Bildung sowie auf Teilnahme am kulturellen Leben zum Ausdruck. Dieses Grundrecht ist im Artikel 25 der sozialistischen Verfassung der DDR verankert.

Durchdenken wir das alles noch einmal, so merken wir, daß für die Durchsetzung des Grundrechts auf Bildung sowohl der Staat als auch jeder Staatsbürger eine große Verantwortung tragen. Freilich ist es in bedeutendem Maße von jedem einzelnen abhängig, ob und wie gründlich er dieses Grundrecht in Anspruch nimmt. Aber das ist nur die eine Seite. Es ist – wie ihr gesehen habt – schon eine Staatsangelegenheit, daß sich die Staatsbürger ein hohes Bildungsniveau aneignen. Davon hängt zu einem beträchtlichen Teil unser Fortschritt ab.

- 1. Warum ist die ständige Erhöhung des Bildungs- und Kulturniveaus der Werktätigen entscheidend für den sozialistischen Staat und für seine Bürger?
- 2. Erläutere die Übersicht zum einheitlichen sozialistischen Bildungssystem auf S. 60!
- 3. Welche grundlegende Erwartung des Sozialismus kommt darin zum Ausdruck?



## Struktur des einheitlichen sozialistischen Bildungswesens in der DDR



Deshalb konzentriert der sozialistische Staat seine Bemühungen um die Durchsetzung des gleichen Rechts auf Bildung vor allem auf vier Schwerpunkte:

Erstens sichert er, daß sich die Bildung nach staatlichen Lehr- und Ausbildungsplänen vollzieht, die aufeinander abgestimmt sind und dem Stand fortgeschrittenster Erkenntnisse entsprechen. Dazu gehört auch, daß unter staatlicher Leitung die Lehrbücher, Unterrichtshilfen und -mittel entstehen.

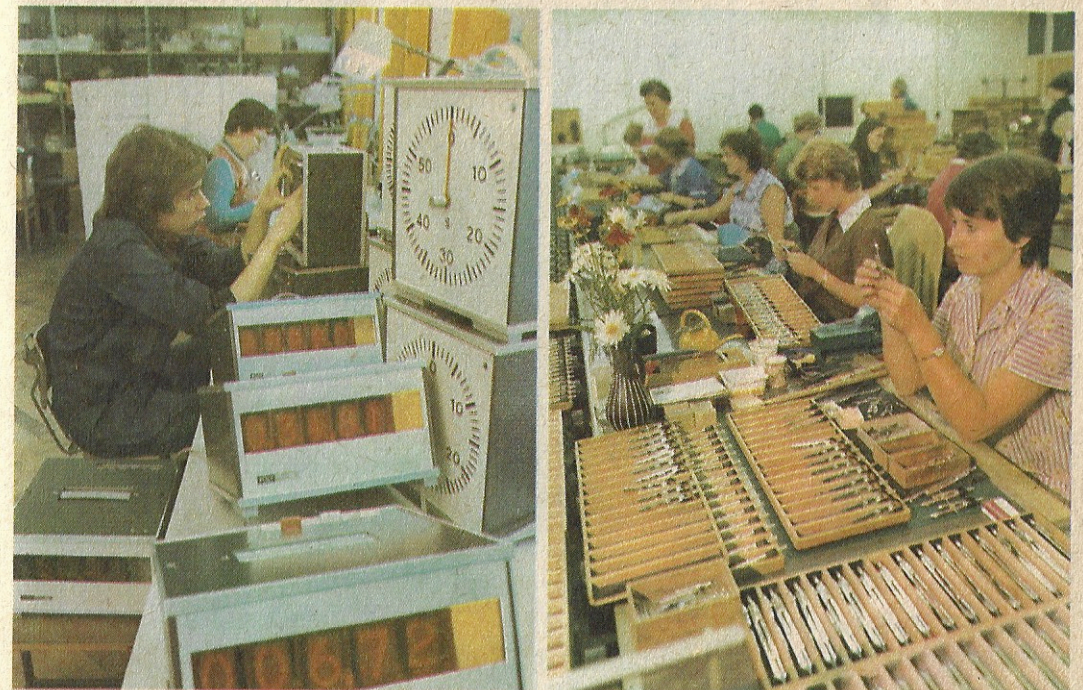
Zweitens ist die Durchsetzung des Rechts auf Bildung ein Hauptfeld der sozialpolitischen Tätigkeit des sozialistischen Staates. Einer der größten Posten im Staatshaushalt der DDR sind die Ausgaben für das sozialistische Bildungswesen.

Unsere Gesellschaft hat durch hohe Leistungen aller Werktätigen die wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen dafür geschaffen, daß jeder Bürger das gleiche Recht auf Bildung verwirklichen kann. Seit Bestehen unserer Republik herrscht Schulgeldfreiheit. Ausbildungsbeihilfen und kostenlose Lernmittel werden nach sozialen Gesichtspunkten (zum Beispiel bei kinderreichen Familien, bei Eltern mit niedrigerem Einkommen) gewährt.

Drittens garantiert der sozialistische Staat die Durchsetzung des Rechts auf Bildung durch die allgemeine Schulpflicht.

**Wie setzt der sozialistische Staat das gleiche Recht auf Bildung durch?**

Vielfältig ist die Produktion von Unterrichtsmitteln im VEB Polytechnik Karl-Marx-Stadt (links: Baugruppen für Schülermeßplätze rechts: Nullenzirkel für Präzisionsreißzeuge).



## Was gibt unser Staat für Bildung aus?

(von der 1. Klasse der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule bis zur Beendigung der Ausbildung) (in Mark)

26 000  
45 300  
84 000

Facharbeiter

Fachschulkader

Hochschulkader

- Im Juni 1981 hat die Regierung der DDR auf Vorschlag des XI. Parlaments der FDJ beschlossen, allen Schülern der 11. und 12. Klassen der EOS eine monatliche Ausbildungsbeihilfe von 110 bzw. 150 Mark zu zahlen.

- Für alle Schulabgänger ist eine Berufsausbildung garantiert, und ebenfalls auf Vorschlag des XI. Parlaments der FDJ wurden die Lehrlingsentgelte großzügig erhöht. Sie betragen bei Abschluß der 10. Klasse mindestens 120 M im 1. Lehrhalbjahr bis zu 220 M im 6. Lehrhalbjahr.

- Direktstudenten an Universitäten, Hoch- und Fachschulen studieren gebührenfrei. Alle erhalten seit der Neuregelung auf Vorschlag des XI. Parlaments der FDJ ein Grundstipendium von 200 M monatlich, das sich bei guten und sehr guten Leistungen beträchtlich erhöhen kann.

Es ist eine der größten Errungenschaften des sozialistischen Staates – und übrigens auch einer der größten Ausgabenposten unseres jährlichen Staatshaushaltes –, daß alle normal entwickelten Kinder die zehnklassige allgemeinbildende polytechnische Oberschule besuchen können. Noch mehr: Für sie besteht sogar die Pflicht zum zehnjährigen Schulbesuch, weil das in enger Einheit sowohl für die Persönlichkeitsentwicklung als auch für die Gesellschaftsentwicklung notwendig ist. Dieser zehnjährige Schulbesuch ist eine verfassungsmäßige Pflicht, die sich an den Schüler selbst wie auch an seine Eltern und Erziehungsberechtigten richtet. Sie alle tragen die Verantwortung dafür, daß diese Pflicht gewissenhaft

*Aus § 30, Absatz 2 der Schulordnung:*

„Zur Wahrnehmung seines Rechts auf Bildung hat jeder Schüler die Pflicht, fleißig und gewissenhaft zu lernen und sich für eine gute Lern- und Arbeitsatmosphäre im Kollektiv einzusetzen. Die Schüler haben die Pflicht, sich gegenüber den Lehrern, Erziehern und anderen erwachsenen Personen sowie im Schülerkollektiv höflich und anständig zu benehmen, gegenseitige Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft zu üben. Alle Schüler sollen sich aktiv am schulischen und gesellschaftlichen Leben beteiligen.“

*Im § 30, Absatz 3 der Schulordnung heißt es:*

„Die Schüler haben den Unterricht und andere schulische Veranstaltungen regelmäßig und pünktlich zu besuchen.“

*§ 30, Absatz 4 der Schulordnung legt fest:*

„Die Schüler sind verpflichtet, die Hausordnung einzuhalten, das gesellschaftliche Eigentum zu achten, es sorgsam zu behandeln und sich im Schulgebäude sowie außerhalb der Schule diszipliniert zu verhalten.“

4. Warum ist die Schulpflicht ausdrücklich durch Gesetze geregelt?

erfüllt wird. Nachlässigkeit in dieser Frage beeinträchtigt vor allem die Persönlichkeitsentfaltung, die künftige Lebensgestaltung der Kinder und Jugendlichen sowie das Wachsen unserer Gesellschaft. Damit sie ihr Recht und ihre Pflicht zur Bildung ungehindert und in ihrem ureigenen Interesse wahrnehmen können, regelt die Schulordnung vom 29. November 1979 Rechte und Pflichten der Schüler.

Viertens ist das Grundrecht auf Bildung in vielgestaltiger Weise mit dem Grundrecht auf Mitgestaltung im Sozialismus verbunden. Eltern nehmen dieses Recht vor allem durch ihre Mitwirkung in den Elternbeiräten und Klassenelternaktiven wahr.

Die Schüler selbst können besonders über die Pionier- und FDJ-Organisation ihr Recht auf Mitwirkung wahrnehmen.



Mitglieder des Elternbeirates sind erste Gäste nach der Eröffnung des Traditionskabinetts an der POS „Pawel Kortschagin“ in Burg Stargard.

Das gleiche Recht auf Bildung ist eine große Errungenschaft des sozialistischen Staates. Die Verantwortung für seine Durchsetzung obliegt dem Staat und jedem einzelnen Staatsbürger. Mit diesem Grundrecht verbinden sich auch gesetzliche Pflichten, zum Beispiel die allgemeine Schulpflicht für alle Kinder.

In den meisten imperialistischen Ländern besteht heute ebenfalls eine allgemeine Schulpflicht, darunter selbstverständlich auch in der BRD. Aber ist deshalb dort das Vorrecht – das Privileg – der Bourgeoisie auf eine höhere Bildung gebrochen? Haben in der BRD alle das gleiche Recht auf Bildung?

Zuerst müssen wir feststellen, daß es in der BRD kein einheitliches und in sich gut abgestimmtes Schulsystem wie in der DDR gibt. Nur drei Gesichtspunkte sollen das verdeutlichen:

- 5. Erkundigt euch nach den Arbeitsschwerpunkten eures Klassenelternaktivs!
- 6. Welcher Zusammenhang ergibt sich daraus zwischen dem Grundrecht auf Bildung und dem Grundrecht auf umfassende Mitgestaltung?

Bildungsprivileg im Imperialismus

1. Für das schulische Bildungswesen sind in der BRD weitestgehend die Landesregierungen verantwortlich. Es liegt in deren Ermessen, welche Bildungsinhalte in den Schulen vermittelt werden, nach welchen Lehrbüchern die Kinder lernen, welche finanziellen und anderen Mittel für die Schulen bereitgestellt werden. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Bundesländern sind in dieser Hinsicht sehr groß.

2. Es gibt verschiedene Schultypen. Die Mehrheit der Kinder besucht staatliche Schulen. Nur die Grundschule (Klasse 1 bis 4) wird von allen Kindern gemeinsam besucht. Danach werden sie auf unterschiedlichen Wegen in eine Hauptschule, eine Realschule oder ins Gymnasium gelenkt. Begründet wird dies mit der unterschiedlichen Begabung der Kinder. Tatsächlich erfolgt aber eine soziale Auslese. Die Lehrpläne und Schulbücher sind entsprechend der Schulart mehr oder weniger anspruchsvoll gestaltet. Neben den staatlichen Schulen existieren in der BRD noch etwa 900 private Schulen. Wer seinem Kind eine erstklassige Ausbildung in solch einer Schule angedeihen lassen möchte, hat dafür monatlich zwischen 1200,- und 2000,- DM zu zahlen. Die „höheren Schulen“ vermitteln der zukünftigen Elite der kapitalistischen Gesellschaft eine weitaus umfassendere Bildung. An ihnen lernen nur wenige Arbeiter- und Bauernkinder, denn vielfältige Schranken – eine lange Ausbildungszeit, das Schulgeld, hohe Kosten für Lehrmittel, Ständesdünkel – sind errichtet worden.

3. In der BRD gibt es Tausende arbeitslose Lehrer, obwohl an den Schulen dringend Lehrer gebraucht werden, um den zum Teil beträchtlichen Unterrichtsausfall abzubauen. Doch während Milliarden DM in die Rüstung fließen, ist für die Bildung der Masse der Kinder angeblich kein Geld vorhanden. So ist es auch nicht verwunderlich, daß in einem so hochentwickelten Industrieland wie der BRD ein nicht unerheblicher Teil der Bevölkerung als Analphabeten eingestuft wird. Manche können nur einfachste Texte schreiben.

Freilich können auch im Imperialismus die modernen Maschinen nicht von vollkommen ungebildeten Werktätigen bedient werden. Deshalb müssen sich die Imperialisten schon um die Bildung kümmern. Dennoch zielt die Bildungspolitik für die Masse des Volkes darauf ab, die Werktätigen von wirklicher und umfassender Bildung fernzuhalten. **Von einem gleichen Recht auf Bildung für alle kann in der BRD und in anderen imperialistischen Ländern nicht gesprochen werden.**

Ganz offensichtlich wird das, wenn jemand studieren möchte. Die Verfassung der BRD verbietet es keinem, ein Studium aufzunehmen. Aber das Studium kostet vor allem Geld.

Nach Angaben der UNESCO stieg die Zahl der Analphabeten in der Welt von 742 Millionen im Jahre 1970 auf 820 Millionen im Jahre 1985.



Rund 100000 Schüler und Studenten protestierten 1982 in Bonn gegen die Kürzung von Mitteln zur Ausbildungsförderung.

Ein Minister der CDU erklärte Ende 1982, es sei schon immer so gewesen, wenn jemand studieren wolle, so müsse sich die Familie darauf finanziell einrichten. Außerdem könne man sich das Geld vom Staat borgen.

Das kann man wirklich. Jeder Student kann vom Staat ein Darlehn von mehreren tausend Mark erhalten, um damit sein Studium zu finanzieren. Im Beruf muß er es dann mit Zinsen zurückzahlen. Das Problem besteht jedoch darin – man muß hinterher eine Arbeitsstelle bekommen und Geld verdienen. Und genau das ist in der BRD außerordentlich schwer, denn sehr viele Absolventen der Universitäten, Hoch- und Fachschulen sind sofort nach dem Studium arbeitslos. Darunter befinden sich auch viele Lehrer, die keine Anstellung erhalten und arbeitslos werden.

**Zunahme der Arbeitslosigkeit in ausgewählten akademischen Berufen in der BRD (prozentuale Steigerung 1981 gegenüber 1973)<sup>3</sup>**

Ingenieure/Architekten	422
Chemiker, Physiker, Mathematiker	426
Juristen	350
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler	638

Wie sollen sie das Darlehn zurückzahlen? Diese Überlegung stellen viele an, und viele studieren deshalb nicht. Die Kinder der Reichen brauchen keine Sorgen zu haben. Gibt es für sie schon keine finanziellen Probleme, höhere Schulen zu besuchen, Privatunterricht zu nehmen oder ausgedehnte Bildungsreisen in den Ferien durchzuführen, können sie

7. Begründe, warum es im Imperialismus kein gleiches Recht auf Bildung geben kann!

nun auch lange und ausgiebig studieren. Eine Stelle nach dem Studium gibt es im elterlichen Unternehmen oder im befreundeten. Die Kinder der weniger Begüterten sind im Nachteil, weil sie eben die großen finanziellen Sorgen haben und gerade ihnen die Akademikerarbeitslosigkeit besonders droht.

Diese Gegenüberstellung macht uns die Einschätzung der SED zu unserem einheitlichen sozialistischen Bildungssystem noch deutlicher.

*Die SED schätzte ein:*

„Es gehört zu den Werten des Sozialismus, daß mit dieser umfassenden Bildung reale Voraussetzungen der Chancengleichheit für alle Kinder des Volkes geschaffen sind. In einer Zeit, da in vielen Ländern der Welt den Werktätigen das Recht auf Bildung immer noch vorenthalten wird und in den Staaten der Monopole das Bildungsprivileg weiterbesteht, ist das ein anschaulicher Beweis für den tiefen humanistischen Charakter des Sozialismus und seine Überlegenheit über den Kapitalismus.“<sup>44</sup>

#### 2.4. Das Recht und die Ehrenpflicht zum Schutze des Friedens und des sozialistischen Vaterlandes

### Starke Bedrohung des Friedens und des Sozialismus

In unserer sozialistischen DDR haben wir, wie die Werktätigen der anderen sozialistischen Länder, viele Errungenschaften erzielt, von denen die Werktätigen in den kapitalistischen Ländern nur träumen können. Das wurde auch an den bisher behandelten Grundrechten deutlich.

Ihr wißt jedoch, daß seit den siebziger Jahren die imperialistische Welt von neuen Auswirkungen einer allumfassenden Krise erschüttert wird. Gerade angesichts dessen erhöht sich natürlich die Ausstrahlung des Sozialismus. Nicht wenige Werktätige in den kapitalistischen Ländern beginnen – trotz der wütenden antikommunistischen Propaganda – zu überlegen, ob der Sozialismus nicht doch den wirklichen und einzigen Ausweg aus der Krise darstellt.

Die Stärke des Sozialismus, seine auf das Wohl des Volkes gerichtete Politik, seine Wirkung auf die Werktätigen in den kapitalistischen Ländern – all das ist dem Imperialismus ein Dorn im Auge. Angesichts seiner Unfähigkeit, die Lebensprobleme der Menschen zu lösen, unternimmt er alles, um die Ausstrahlung des Sozialismus einzudämmen.

Im Oktober 1982 fand unter Leitung führender amerikanischer Politiker in den USA eine Konferenz statt, in der die aggressivsten Kreise des USA-Monopolkapitals zu einem neuen „Kreuzzug gegen den Kommunismus“ aufriefen. Es gehe – so der amerikanische Außenminister Shultz – um

die Schaffung einer „westlich wertorientierten Weltordnung“. Um das zu erreichen, müsse man den Sozialismus „sturmreif schießen“. Das einzige Mittel sei „ein auf Europa begrenzter Atomkrieg“.

Allein die wenigen wörtlichen Zitate belegen, worum es diesen hemmungslosen aggressivsten Kräften des Monopolkapitals in den USA geht: Sie wollen den Sozialismus durch einen atomaren Krieg vernichten. Ein solcher Krieg würde beim heutigen Stand der Waffentechnik die Existenz der gesamten Menschheit aufs Spiel setzen.

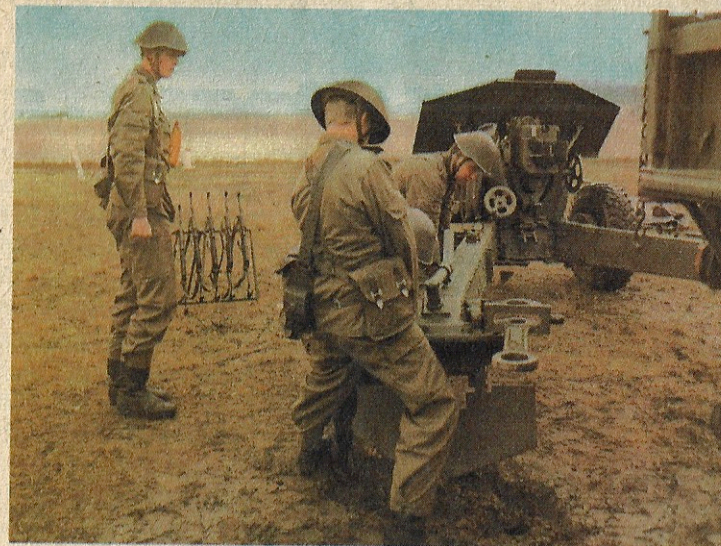
Wie wir wissen, reden diese Kräfte nicht nur. Sie heizen die Rüstung an und verdienen dabei Milliarden. Mit der Stationierung neuer USA-Atomraketen in Westeuropa und dem Festhalten an ihrem Programm der Entwicklung und Stationierung von Waffen im Weltraum verschärfen sie die Kriegsgefahr. Ein wütender Antikommunismus wird von ihnen entfesselt, um die Menschen in eine sozialismusfeindliche Stimmung zu versetzen.

Vor diesen imperialistischen Kräften und ihren abenteuerlichen Plänen müssen wir uns schützen. Dazu gehört, daß der Sozialismus an jeder Stelle verteidigungsbereit ist. Der wirksame militärische Schutz des Sozialismus dient der Verteidigung unseres Lebens und unserer Errungenschaften. In diesem Schutz des Sozialismus dürfen wir in keinem Augenblick und an keiner Stelle nachlassen.

In unserer Verfassung (Artikel 23) wird der Schutz des Friedens, des sozialistischen Vaterlandes und seiner Errungenschaften als das Recht und die Ehrenpflicht der Bürger der DDR bezeichnet.



Ein Gewehr ist dann eine gute Sache, wenn es für eine gute Sache da ist!



Plakat von Kurt Zimmermann

Gefechtsausbildung in einem Truppenteil der Landstreitkräfte der NVA

## Die allgemeine Wehrpflicht

In der DDR besteht die allgemeine Wehrpflicht. Ihr unterliegen alle männlichen Bürger vom 18. bis zum 50. Lebensjahr. Bei Fähnrichen und Offizieren endet sie mit dem 60. Lebensjahr.

*Der ehemalige Minister für Nationale Verteidigung, Armeegeneral Heinz Hoffmann, sagte in seiner Begründung des Wehrdienstgesetzes vor der Volkskammer am 25. März 1982:*

„Ein solches verfassungsmäßig garantiertes Recht zum Schutze des Friedens und der Errungenschaften der Werktätigen kann es nur in einem sozialistischen Staat geben, das heißt in einem Staat, der von der Arbeiterklasse im Bündnis mit den anderen Werktätigen selbst geschaffen wurde, der ihren und nur ihren Lebensinteressen dient, der erstmalig wirklich ihr Vaterland, das Vaterland der Arbeiter und Bauern ist.

Die Bürger unserer Republik gestalten in ihrem Staat und durch ihren Staat bewußt ihr eigenes Leben, sie haben nach dem Verfassungswortlaut und der Verfassungswirklichkeit ein Recht auf Arbeit, auf Mitbestimmung und Mitgestaltung, auf soziale Sicherheit. Deshalb ist es nicht nur ihre Pflicht, sondern auch ihr Recht, die Waffe zum Schutze der von ihnen selbst geschaffenen Errungenschaften zu tragen und das Leben ihrer Eltern, Frauen und Kinder, ihrer Freunde, Genossen und Kollegen gegen jeden Angriff der Feinde des Sozialismus zu schützen.“

1. Warum ist die Verteidigung des Sozialismus eine Pflicht und ein Recht zugleich?
2. Erläutere dazu die hier wiedergegebene Begründung des Wehrdienstgesetzes!

Anders ist es dagegen während der Mobilmachung und im Verteidigungszustand. Dann endet die allgemeine Wehrpflicht für alle männlichen Bürger mit dem 60. Lebensjahr. Für diesen Fall können auch Frauen vom 18. bis zum 50. Lebensjahr in die allgemeine Wehrpflicht einbezogen werden.

Und dann ist noch etwas Wichtiges zu beachten: Es gibt nicht nur eine Pflicht zum Wehrdienst, sondern auch einen freiwilligen Wehrdienst. So haben alle Bürger das Recht, unabhängig von der allgemeinen Wehrpflicht, auf Grund ihrer freien Entscheidung, Wehrdienst zu leisten.

Wir unterscheiden zudem den aktiven Wehrdienst vom Reservistendienst. Der aktive Wehrdienst wird als Grundwehrdienst, als Dienst auf Zeit oder als Dienst in militärischen Berufen geleistet. Die Dauer des Grundwehrdienstes beträgt 18 Monate. Viele Jugendliche haben jedoch gerade auf Grund der Bedrohung des Friedens die Notwendigkeit erkannt, sich freiwillig für eine längere Zeit zu verpflichten oder einen militärischen Beruf zu ergreifen. Das verdient hohe Anerkennung und Achtung.

Der militärische Schutz unserer Errungenschaften obliegt uns gemeinsam mit den Bruderarmeen. Die Nationale

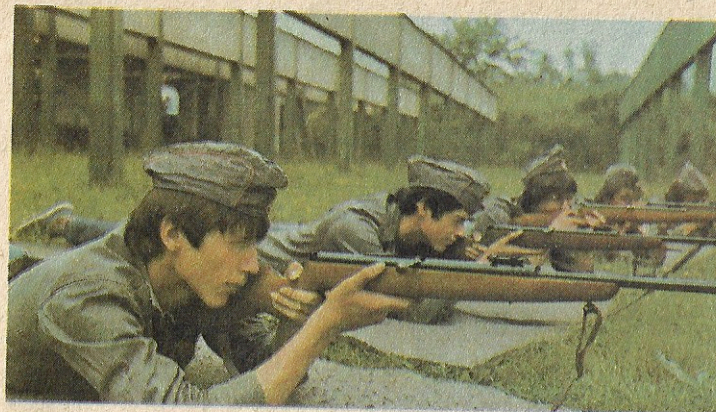
*Im § 31 des Wehrdienstgesetzes heißt es u. a.:*

„Der aktive Wehrdienst auf Zeit wird in den Dienstverhältnissen

- a) Soldat auf Zeit,
- b) Unteroffizier auf Zeit oder
- c) Offizier auf Zeit geleistet.“

„Der aktive Wehrdienst in militärischen Berufen wird in den Dienstverhältnissen

- a) Berufsunteroffizier,
- b) Fähnrich oder
- c) Berufsoffizier geleistet.“



Jugendliche aus dem Kreis Auerbach, die sich für einen militärischen Beruf entschieden haben, in einem Lager für Erholung und Arbeit der GST bei einer Schießübung



Gemeinsame Übung „Schild 84“ – Waffenbrüder aus der DDR, der VRP, der UdSSR, der UVR, der VR Bulgarien und der ČSSR (v. l. n. r.)

Volksarmee der DDR ist fester Bestandteil der Armeen des Warschauer Vertrages. Sie alle verteidigen die sozialistischen Errungenschaften. Deshalb sind sie als Klassenbrüder auch im wirklichen Sinne des Wortes Waffenbrüder. In dem Sinne ist der militärische Schutz unseres sozialistischen Vaterlandes eine hohe patriotische Tat, die zugleich internationalistische Bedeutung trägt, weil sie den Sozialismus in der DDR und in der Welt sowie den Frieden für die gesamte Menschheit zu schützen hilft.

Soldat der Nationalen Volksarmee oder der Grenztruppen der DDR zu sein ist eine ehrenvolle Sache. Es ist zugleich ein sehr verantwortungsvoller Dienst. **Darauf kann und soll sich jeder rechtzeitig vorbereiten.** So ist die Vorbereitung auf den Wehrdienst Bestandteil der Bildung und Erziehung an den allgemeinbildenden Schulen.

Auch in der Gesellschaft für Sport und Technik wird zur Vorbereitung der Jugend auf den Wehrdienst die vormilitärische Ausbildung durchgeführt.

3. Warum ist eine freiwillige Entscheidung für einen längeren Dienst in den bewaffneten Organen oder für einen militärischen Beruf wichtig für uns alle?

## Gute Vorbereitung auf den Wehrdienst

Die Vorbereitung der Jugend auf die Aufgaben bei der Verteidigung ist die ureigenste Aufgabe der FDJ, die mit der Übernahme der Patenschaft über die bewaffneten Organe auf dem IV. Parlament der FDJ 1952 begründet wurde. Diesen Auftrag hat die FDJ immer ehrenhaft erfüllt. Dazu gehört nicht zuletzt die Entscheidung befähigter Mitglieder der FDJ für einen aktiven Wehrdienst auf Zeit bzw. in militärischen Berufen. Ihre Aufgabe ist es, die militärischen Kampfkollektive auszubilden und zu führen. Dazu werden Berufssoldaten benötigt, der Hochschulberuf des Offiziers, der Fachschulberuf des Fähnrichs, der Meisterberuf des Unteroffiziers.

Aus dem Härtetest der NVA



Krafttraining: 30 min



15-km-Eilmarsch: 140 min



1000-m-Lauf: 5 min



Kollektives Überwinden der Sturmbahn: 4 min



Zu Gast in der Jugendhochschule „Wilhelm Pieck“ am Bogensee: Armeegeneral Heinz Keßler, Minister für Nationale Verteidigung (1.)

Unsere großen Errungenschaften – unsere Grundrechte – können wir nur in Anspruch nehmen, wenn sie vor dem Zugriff der aggressivsten Kräfte des Monopolkapitals geschützt sind. Deshalb sind die Einhaltung der Wehrpflicht sowie die Entscheidung für einen freiwilligen längeren Dienst in den bewaffneten Organen unseres Staates zugleich auch ein bedeutsames Recht für jeden Staatsbürger, unsere gemeinsame Sache zu schützen und zu verteidigen.

### 2.5. Der Schutz der Rechte der Bürger durch staatliche und gesellschaftliche Organe

Wir haben gesehen, daß die Bürger der DDR viele Rechte besitzen. Der sozialistische Staat ist sehr daran interessiert, daß die Bürger – so wie sie ihren Pflichten nachkommen müssen – auch ihre Rechte verwirklichen. Dadurch tragen sie zur Entwicklung unserer Gesellschaft und zur Verbesserung ihres Lebens bei. Deshalb wird auch keine Verletzung der Rechte der Bürger geduldet. Jeder kann darauf vertrauen, daß seine Rechte gesellschaftlichen und staatlichen Schutz genießen.

Im Artikel 1 des Strafgesetzbuches der DDR heißt es:

„Gemeinsames Interesse der sozialistischen Gesellschaft, ihres Staates und aller Bürger ist es, den zuverlässigen Schutz der Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik und der sozialistischen Errungenschaften, des friedlichen Lebens und der schöpferischen Arbeit der Menschen, der freien Entwicklung und der Rechte jedes Bürgers zu gewährleisten. Der Kampf gegen alle Erscheinungen der Kriminalität, besonders gegen die verbrecherischen Anschläge auf den Frieden, auf die Souveränität der Deutschen Demokratischen Republik und auf den Arbeiter- und Bauern-Staat, ist gemeinsame Sache der sozialistischen Gesellschaft, ihres Staates und aller Bürger.“

4. Wie bereitet ihr euch auf die Anforderungen des Wehrdienstes vor?

1. Welche Aufgaben haben unsere Justiz- und Sicherheitsorgane?  
2. Lies dazu auch den Auszug aus Artikel 1 des Strafgesetzbuches der DDR!

Im § 324 des Zivilgesetzbuches der DDR heißt es: „Bürger und Betriebe sind verpflichtet, sich so zu verhalten, daß das Leben und die Gesundheit der Bürger nicht verletzt werden und dem sozialistischen Eigentum sowie dem persönlichen Eigentum der Bürger kein Schaden entsteht.“

### Aufklären über Ordnung und Sicherheit

Dieser Schutz der Rechte der Bürger und damit des Bürgers selbst, seines Lebens, seiner Gesundheit, seiner Freiheit und Würde gehört zu den wichtigsten Aufgaben unserer Justiz- und Sicherheitsorgane, vor allem der Gerichte, der Staatsanwaltschaft, der Deutschen Volkspolizei. Sie werden tätig, wenn die Rechte eines Bürgers durch unrechtmäßige und strafbare Handlungen, zum Beispiel Körperverletzung, Diebstahl, Beschädigung des Eigentums, verletzt werden. Sie sind verpflichtet, die Umstände einer Rechtsverletzung aufzuklären, den Schuldigen zur Verantwortung zu ziehen und angemessen zu bestrafen. Sie haben dafür zu sorgen, daß dem geschädigten Bürger Gerechtigkeit widerfährt. Aber die Untersuchung, Aufklärung und Bestrafung von Rechtsverletzungen, insbesondere von Ordnungswidrigkeiten, Vergehen oder Verbrechen ist nur eine Seite der Tätigkeit der Justiz- und Sicherheitsorgane. Ebenso wichtig für den Schutz der Rechte der Bürger ist ihr vorbeugendes und aufklärendes Bemühen um Ordnung und Sicherheit in unserer Gesellschaft. Richter, Staatsanwälte und VP-Angehörige berichten in der Presse, vor Arbeitskollektiven in Betrieben, Genossenschaften und Schulen. Sie erläutern Rechtsvorschriften, werten Strafverfahren aus und geben Hinweise zum sorgfältigen Umgang mit dem Volkseigentum, zur gewissenhaften Beachtung der Straßenverkehrsordnung oder der Arbeitsschutzbestimmungen, damit Rechtsverletzungen vorgebeugt wird. Viele Angehörige der Volkspolizei sind im Streifendienst, bei der Verkehrskontrolle oder zur Sicherung der öffentlichen Ordnung eingesetzt. Die Arbeit der Justiz- und Sicher-



Verhandlung der Kammer für Strafsachen an einem Kreisgericht. Die beiden Schöffen nehmen gleichberechtigt mit dem Richter an dem Verfahren teil und setzen sich auch in ihrem Betrieb als Mitglieder einer ABI bzw. einer Konfliktkommission für die sozialistische Rechtspflege ein.



Ihr gemeinsames Anliegen – höhere Ordnung und Sicherheit im Wohngebiet. Hier werden Genossen der Schutzpolizei auf Verstöße gegen die Stadtordnung und das Landeskulturgesetz aufmerksam gemacht.

heitsorgane hat beträchtlichen Anteil daran, daß in unserer sozialistischen Gesellschaft für die Bürger Rechtssicherheit gewährleistet ist.

Während das kapitalistische System mit seinem Wolfsgesetz der Profitjagd und der skrupellosen Bereicherung der Reichen auf Kosten der Armen, der Starken auf Kosten der Schwächeren eine zunehmende Kriminalität hervorbringt, wird kriminelles Handeln im Sozialismus systematisch bekämpft und zurückgedrängt.

Auch im Kampf gegen die Kriminalität gilt der Grundsatz der sozialistischen Demokratie, daß jeder Verantwortung für das Ganze trägt. Die Justiz- und Sicherheitsorgane erhalten bei ihrer Arbeit zum Schutze der Bürger und ihrer Rechte breiteste gesellschaftliche Unterstützung. Viele Helfer der Volkspolizei leisten in ihrer ehrenamtlichen Arbeit Hilfe bei Verkehrskontrollen, bei der Verkehrsregelung und im Ordnungsdienst bei großen Veranstaltungen. Einen hervorragenden Anteil an der Verhütung und Bekämpfung von Straftaten und anderen Rechtsverletzungen haben schließlich jene Bürger, die als Schöffen an staatlichen Gerichten und als Mitglieder gesellschaftlicher Gerichte tätig sind.

In der DDR gibt es über 52 000 Schöffen, die gleichberechtigt mit den Richtern an den staatlichen Gerichten (zum Beispiel an den Kreisgerichten) Recht sprechen. Wirkungsstätte der Schöffen ist dabei nicht nur der Gerichtssaal oder das Beratungszimmer des Berufsrichters. Sie werten wichtige Strafverfahren mit den Kollegen in ihrem Betrieb aus und unterstützen die staatlichen Leiter bei der Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit.

**Breite Unterstützung durch die Bevölkerung**

Die Mitglieder der Konfliktkommissionen werden von den Betriebsangehörigen nach den Grundsätzen der Gewerkschaftswahlen in geheimer Wahl für die Dauer der Wahlperiode der gewerkschaftlichen Vorstände und Leitungen gewählt. Die Mitglieder der Schiedskommissionen werden unmittelbar durch Bürger oder örtliche Volksvertretungen gewählt.

Eine besonders verantwortliche Aufgabe erfüllen die gesellschaftlichen Gerichte. Das sind die **Konfliktkommissionen** in den Betrieben sowie die **Schiedskommissionen** in den Wohngebieten und Genossenschaften.

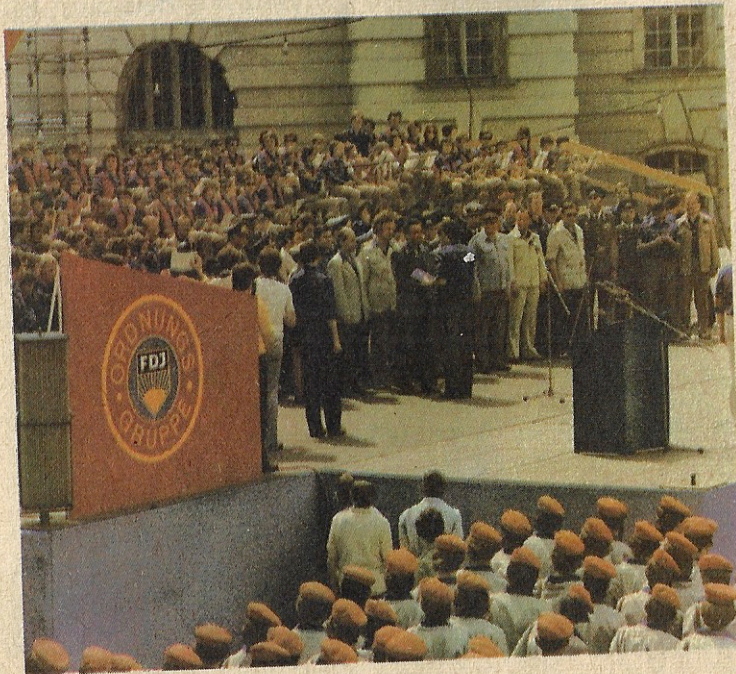
Aufgabe der Konfliktkommissionen ist es, vor allem in arbeitsrechtlichen Streitfällen zwischen dem Werktätigen und dem Betrieb zu beraten und zu entscheiden.

Schiedskommissionen behandeln Streitigkeiten zwischen Bürgern und andere Unstimmigkeiten, die im Alltag der Bürger durch Verletzungen ihrer Rechte und Pflichten, insbesondere im Zusammenleben in der Haus- und Wohngemeinschaft, entstehen. Gibt es Streit um die Einhaltung der Hausordnung oder wegen ruhestörenden Lärms, sind es die Schiedskommissionen, die den Bürgern bei der Durchsetzung ihrer Rechte helfen.

Für den demokratischen Rechtsschutz des Bürgers wirken viele weitere gesellschaftliche Kräfte, zum Beispiel die Aktivist für Ordnung und Sicherheit der Ausschüsse der Nationalen Front, die durch Kontrollgänge und Inspektionen in den Wohngebieten vorbeugend gegen solche Ordnungswidrigkeiten wie mutwillige Beschädigung von Grünanlagen, Straßenbeleuchtungen, Fernsprecheinrichtungen oder unerlaubt parkende Autos wirken. Von ehrenamtlich tätigen Bürgern durchgeführte Preiskontrollen im Handel sorgen dafür, daß die Käufer beim Einkauf von Obst, Gemüse, Blumen, Fleisch usw. nicht benachteiligt werden.



Bei einer Fahrzeugkontrolle dabei – freiwillige Helfer der DVP



Meeting der Ordnungsgruppe des Jugendverbandes

Gesellschaftliche Aktivitäten für

Stand 1985

# Ordnung und Sicherheit

174 000

Bürger sind freiwillige Helfer der Deutschen Volkspolizei

285 200

Bürger wirken ehrenamtlich auf dem Gebiet der Verkehrssicherheit z. B. in Verkehrs-sicherheitsaktivitäten oder als „Junge Verkehrshelfer“ und „Schülerlotsen“

467 000

Werktätige sind in den freiwilligen Feuerwehren tätig darunter Schüler in Arbeitsgemeinschaften „Junge Brandschutz-helfer“

63 500

Jugendliche sind Mitglieder der Ordnungsgruppen der FDJ

Dem gesellschaftlichen Schutz der Rechte der Bürger dienen auch die **Ordnungsgruppen** der FDJ.

In der sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik herrscht – wie in anderen sozialistischen Staaten auch – ein hoher Grad an Rechtssicherheit und Schutz für jeden Staatsbürger. Dennoch gibt es immer wieder Verstöße gegen das Recht, gegen Ordnung und Sicherheit. Deshalb ist es wichtig zu erkennen: Jeder hat eine persönliche Verantwortung für das Zusammenleben in unserer Gesellschaft, für den Schutz der Gesundheit und des Lebens der Bürger, für den Erhalt und die Sicherung des gesellschaftlichen und des persönlichen Eigentums.

Es ist notwendig, daß der sozialistische Staat unsere Rechte als Staatsbürger durch seine Justiz- und Sicherheitsorgane schützt. Nur dann können wir sie in Anspruch nehmen und die Vorzüge des Sozialismus genießen. Deshalb ist der Schutz unserer Rechte auch selbst ein Recht, für dessen Wahrnehmung es viele gesellschaftliche Organe (Schöffen, Konflikt- und Schiedskommissionen, Ordnungsgruppen der FDJ usw.) gibt. Für die Einhaltung der Gesetze, von Ordnung und Sicherheit, trägt jeder Staatsbürger, auch der Schüler, eine persönliche Verantwortung.

3. Wie nehmen die Staatsbürger der DDR ihre Möglichkeiten wahr, die Tätigkeit der Justiz- und Sicherheitsorgane zu unterstützen?